

UVB Kompakt 3/2018

Berlin, 4. Mai 2018

Brexit: Was auf die Unternehmen in Berlin und Brandenburg zukommt

Der Brexit rückt näher. In etwas mehr als 300 Tagen wollen die Briten der Europäischen Union den Rücken kehren, allen Debatten zum Trotz. Zwar erfolgt das tatsächliche Ausscheiden erst nach einer Übergangsphase Ende 2020. Doch immer deutlicher wird, dass auch die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg davon betroffen sein wird. Vor allem der Industrie drohen spürbare Einbußen. Dagegen müssen sich gerade kleinere Betriebe rechtzeitig wappnen.

Aktueller Zeitplan: Am 29. März 2017 hat das Vereinigte Königreich erklärt, gemäß Artikel 50 des EU-Vertrags aus der Europäischen Union auszutreten. Am 29. April 2018 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Länder politische Leitlinien für die Austrittsverhandlungen. Zentral dabei ist die Einigung auf eine Übergangsphase bis Ende 2020, in der sich für die Wirtschaft auf beiden Seiten zunächst einmal nichts ändern soll. Zudem will die EU den Briten ein umfassendes Freihandelsabkommen anbieten. Das harte Ausscheiden aus der EU ganz ohne Abkommen ("No-Deal-Szenario"), nach dem das Land anschließend auf einer Stufe mit jedem anderen WTO-Land stehen würde, ist damit unwahrscheinlicher geworden. Ausgeschlossen ist angesichts der Zerrissenheit der britischen Regierung aber nichts.

Abb. 1: Zeitplan Brexit



Quelle: EU, Darstellung UVB

Wie es nach 2020 weitergeht, wird nun verhandelt. Zölle würden zwar den beiderseitigen Handel spürbar erschweren, auszuschließen sind sie aber weiterhin nicht. Nach einer Analyse des IW Köln wären am ehesten der Agrarwarenhandel, aber auch einige industrielle Produktgruppen wie PKW und LKW betroffen, sollten die Verhandlungen scheitern.

Wen der Brexit trifft: Trotz aller Unklarheiten ist das Risiko gerade für Deutschlands exportorientierte Wirtschaft besonders groß, unter dem Brexit zu leiden. Noch stärker betroffen könnte nur Irland sein, wie aus einer neuen Studie des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) hervorgeht. Die möglichen Risiken des Brexit variieren je nach Wirtschaftssektor. Bei Rohstoffen und Landwirtschaft stehen Regionen in Irland und in den Niederlanden besonders im Fokus, bei den Dienstleistungen sind es die beliebten Tourismus-Destinationen.

Im industriellen Sektor kommen besonders auf Deutschland Risiken zu – 41 der 50 vom Brexit am deutlichsten betroffenen Regionen Europas liegen laut der AdR-Studie in der Bundesrepublik. In Berlin sind demnach 17,2 Prozent der Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe den Brexit-Folgen ausgesetzt. In der Bundesrepublik ist nur die Region Hamburg mit 17,5 Prozent stärker betroffen. Auch der Südwesten Brandenburgs steht mit 15,6 Prozent recht weit oben auf der Liste.

Gleichwohl lassen sich die komplexen Effekte durch den Brexit derzeit noch exakt nicht genau absehen. Ob die wirtschaftlichen Folgen wie in der Studie berechnet eintreten werden, ist ungewiss. Entscheidend wird sein, ob Großbritannien in einer Art Zollunion mit der EU bleibt oder ob es nur ein Freihandelsabkommen geben wird, das für den wechselseitigen Handel größere Hürden darstellen dürfte. Der

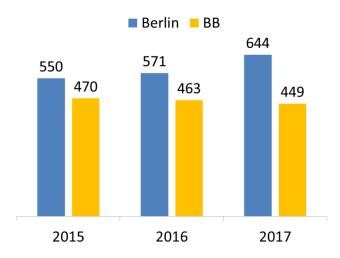


gesamtwirtschaftliche Effekt für die Hauptstadtregion insgesamt dürfte zudem geringer ausfallen. Zwar exportiert die Berliner Industrie etwa 60 Prozent ihrer Produktion. Insgesamt steht die industrielle Wertschöpfung aber nur für 9 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts.

Enge Bande: Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich betrug 2017 mehr als 121 Milliarden Euro (Export: 84,3 Milliarden, Import: 37,1 Milliarden Euro). Damit steht Großbritannien für rund 7 Prozent der deutschen Ausfuhren und ist Deutschlands fünftwichtigster Warenhandelspartner. Allerdings war der Export zuletzt rückläufig (2016: minus 3,5 Prozent, 2017: minus 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr). DIHK-Berechnungen zufolge hängen 750.000 Arbeitsplätze hierzulande vom UK-Handel ab. Es gibt 2.500 Niederlassungen deutscher Firmen im Königreich, die fast 400.000 Mitarbeiter beschäftigen. Britische Firmen unterhalten in Deutschland etwa 1.400 Niederlassungen mit rund 240.000 Mitarbeitern.

Plus und Minus: In den vergangenen drei Jahren hat die Berliner Wirtschaft ihre Stellung auf der Insel ausbauen können (siehe Abb. 2). Zumindest bei den Industriegütern ist der befürchtete Rückgang durch einen "Brexit-Schock" bislang nicht eingetreten. Die Wirtschaft im Land Brandenburg exportiert seit einigen Jahren etwas weniger nach Großbritannien. 2014 waren es noch Waren für 445 Millionen Euro. Der Rückgang in den Jahren 2015 und 2016 dürfte eher eine übliche Schwankung im märkischen Exportgeschäft sein als ein dauerhafter Rückgang.

Abb. 2: Exporte aus Berlin und Brandenburg nach Großbritannien (in Mio. Euro)



Quelle: Destatis, Darstellung UVB

Aus Berlin nach UK: Aus Berlin gehen Waren für 644 Millionen Euro pro Jahr nach Großbritannien. Damit ist das Land der achtwichtigste Handelspartner.

Abb. 3: Exporte aus Berlin nach Ländern (2017)

Nach Ländern	in Mrd Euro	Anteile
Vereinigte Staaten	1,74	11,3%
Volksrepublik China	0,97	6,3%
Frankreich	0,84	5,5%
Schweiz	0,83	5,4%
Polen	0,83	5,4%
Italien	0,75	4,9%
Niederlande	0,68	4,4%
Vereinigtes Königreich	0,64	4,2%
Russische Föderation	0,53	3,5%
Spanien	0,48	3,1%
Nach Ländergruppen		
EU28-Summe	6,63	43,2%
Länder der Eurozone ab 2015	4,09	26,7%
NAFTA-Summe	2,01	13,1%
Insgesamt	15,35	
0 " 0 0		

Quelle: Destatis, Darstellung UVB

Auto-Produkte (101 Millionen Euro) führen die Ausfuhrliste an. Zudem sind Produkte der Nahrungsund Genussmittelindustrie, der Chemie- und Pharmabranche sowie aus dem Maschinenbau beliebt.

Abb. 4: Exporte aus Berlin nach UK nach Waren

Berliner Exporte nach UK	in Mio. Euro
Fahrzeuge / Kleinteile	101,52
Rohtabak und Tabakerzeugnisse	57,65
Obst- und Gemüsesäfte	38,47
Chemische Erzeugnisse	38,34
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	34,36
Kakao und Kakaoerzeugnisse	34,04
Medizinische Geräte u. orthopädische Vorrichtungen	26,25
Backwaren und andere Zubereitungen aus Getreide	26,00
Pharmazeutische Erzeugnisse	20,17
Mess-, steuerungs- und regelungs- technische Erzeugnisse	16,68

Quelle: Destatis, Darstellung UVB



Absender Brandenburg: Im Land Brandenburg ist der Anteil der Exportwaren, der nach UK geht, mit 3,5 Prozent kleiner als in Berlin. Auch hier liegt das Vereinigte Königreich auf der Länder-Liste auf Platz acht – jedoch mit einem deutlich niedrigeren Warenwert als Berlin von nur 449 Millionen Euro.

Abb. 5: Exporte aus Brandenburg (2017)

dern	in Mrd Euro	Anteile
Polen	1,93	15,0%
Vereinigte Staaten	1,68	13,1%
Frankreich	0,90	7,0%
Tschechische Republik	0,82	6,4%
Niederlande	0,64	5,0%
Italien	0,58	4,5%
Österreich	0,55	4,3%
Vereinigtes Königreich	0,45	3,5%
Belgien	0,42	3,3%
Kanada	0,38	2,9%
dergruppen		
EU28-Summe	8,22	63,8%
Länder der Eurozone ab 2015	4,16	32,3%
NAFTA-Summe	2,14	16,6%
t	12,88	
	Vereinigte Staaten Frankreich Tschechische Republik Niederlande Italien Österreich Vereinigtes Königreich Belgien Kanada dergruppen EU28-Summe Länder der Eurozone ab 2015	Polen 1,93 Vereinigte Staaten 1,68 Frankreich 0,90 Tschechische Republik 0,82 Niederlande 0,64 Italien 0,58 Österreich 0,55 Vereinigtes Königreich 0,45 Belgien 0,42 Kanada 0,38 dergruppen EU28-Summe 8,22 Länder der Eurozone ab 2015 4,16 NAFTA-Summe 2,14

Quelle: Destatis, Darstellung UVB

Pharmazeutische Erzeugnisse und Luftfahrzeuge sowie Teile dafür sind die märkischen Exportschlager, die in Großbritannien beliebt sind.

Abb. 6: Exporte aus Brandenburg nach Waren

Brandenburger Exporte nach UK	in Mio. Euro
Pharmazeutische Erzeugnisse	1,52
Luftfahrzeuge	1,25
Blech aus Eisen oder Stahl	0,97
Lastkraftwagen und Spezial- fahrzeuge	0,75
Waren aus Kunststoffen	0,50
Papier und Pappe	0,47
Kunststoffe	0,45
Mineralölerzeugnisse	0,44
Eisen-, Blech- und Metallwaren	0,40
Sperrholz, Span- und Faserplatten, Furniere	0,33

Quelle: Destatis, Darstellung UVB

UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck:

"Ende 2020 wird der Brexit Wirklichkeit. Vor allem für die exportstarke Industrie dürfte er spürbare Folgen haben. Über die Details der Austrittsregelung brauchen die Unternehmen so schnell wie möglich Klarheit. Noch in diesem Jahr muss das zukünftige Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich geregelt werden. Wichtig für die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg ist, dass es für den Warenaustausch so geringe Hürden wie möglich gibt, damit die engen Wertschöpfungsketten nicht gestört werden. Zudem müssen die Betriebe auch weiterhin ihre Beschäftigten in Niederlassungen nach Großbritannien entsenden können.

Die Unternehmen sollten sich rasch auf die Zeit nach dem EU-Austritt einstellen. Dafür gilt es, neue Absatzmärkte zu finden oder das Produktportfolio anzupassen. Gerade die vielen kleinen und mittleren Unternehmen können bei der Anpassung an die neuen Gegebenheiten die Unterstützung der Politik gut gebrauchen."

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den UVB-Volkswirtschaftsexperten Klaus Jeske, Tel. 030/31005-127. Weitere Informationen finden Sie auch unter www.uvb-online.de.